



Föderation der West-Thrakien Türken in Europa

Newsletter

NUMMER 5 | NOVEMBER 2006



NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the United Nations

Johannisstraße 50, 58452 Witten, Germany T: +49.2302.913291 F: +49.2302.913293 E: info@abtff.org W: www.abtff.org

Das Wahlverfahren In Griechenland Verhindert Türkische Kandidaten

In einer Presseerklärung zum Ausgang der Kommunalwahlen in Griechenland am Sonntag, den 15. Oktober 2007 stellte der Vorsitzende der "Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa" (ABTTF) Halit Habipoğlu fest, dass Kandidaten der türkischen Minderheit nur noch in Wahlkreisen erfolgreich waren, in denen die griechische Regierung nicht direkt in das Wahlverfahren eingreifen konnte. Er kritisierte die griechische Wahlgesetzgebung und beglückwünschte die der Minderheit angehörenden Wähler, die ihre Stimmen bewusst eingesetzt haben, zu den errungenen Wahlerfolgen.

Vorbildhafte Wahlinitiative in Xanthi

Halit Habipoğlu wertete es als einen großen Erfolg, dass zwei Türken erstmals als unabhängige Kandidaten den Sprung in den Stadtrat von Xanthi geschafft haben. Dabei habe der bewusste Gebrauch der Stimmen durch die türkische Minderheit eine entscheidende Rolle gespielt. Diese Wahlinitiative von Xanthi sollte zum Vorbild genommen werden, erklärte Habipoğlu und gratulierte den Kandidaten zu ihrem Erfolg.

In der Provinz Xanthi blieben die Gemeinderäte von Mustafçova und Gökçeler, im Bezirk Komotini die Gemeinden Sirkeli, Susurköy und Kozlukibir unter der Kontrolle der Minderheit - diese hätten auch kaum noch weiter aufgeteilt werden können. Habipoğlu stellte weiter fest, dass auch die kommunalen Verwaltungen versucht haben, zu verhindern, dass die Minderheit ihrem Anteil entsprechend repräsentiert werde. Durch die Verwaltungsreform nach dem so genannten



"Kapodistrias-Plan" waren die Wahlkreise neu zugeschnitten worden: Wahlkreise mit türkischer Mehrheitsbevölkerung wurden aufgespalten und benachbarten Wahlkreisen zugeordnet, in denen die Türken in der Minderheit bleiben.

In Rhodopi wurden 11 Türken in den Präfekturrat gewählt Türkische Kandidaten für das Präfektenamt auf den Plätzen 2 bis 5

Halit Habipoğlu stellte fest, dass in den Rat der Präfektur Rhodopi 11 Türken gewählt wurden, von denen 9 für die sozialistische Partei "PASOK" und 2 für die konservative Partei "Neue Demokratie" (ND) angetreten

waren. Nach dem neuen Präfekten erhielten 4 türkische PASOK-Kandidaten die meisten Stimmen. "Nach den Wahlrechtsänderungen ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein türkischer Präfekt gewählt werden kann, auf Null gesunken. Dies zeigt schon die Tatsache, dass bei der Wahl des Präfekten 4 Türken die Plätze 2 bis 5 belegten. In der Präfektur Rhodopi wäre nach dem Bevölkerungsanteil der Türken noch die Wahl eines türkischen Präfekten möglich. Aber in den beiden neuen Superpräfekturen, die aus der Zusammenfassung von Komotini mit Alexandroupolis sowie Xanthi mit Drama und Kavala gebildet wurden, bleiben die türkischen Wähler unweigerlich in der Minderheit. Die türkische Minderheit kann also in ihrer Region keinen türkischen Präfekten mehr wählen," stellte Habipoğlu fest.

Er erinnerte in diesem Zusammenhang auch daran, dass es im Vorfeld der Kommunalwahlen eine politische Krise darum gegeben habe, dass die PASOK-Kandidatin Gülbeyaz Karahasan für das Amt des Superpräfekten von Xanthi, Drama und Kavala der türkischen Minderheit angehört. Neben den erwähnten Hindernissen bei den Wahlen für die Präfekten- und Bürgermeisterwahlen sei außerdem noch eine Drei-Prozent-Hürde geschaffen worden, die sogar für unabhängige Kandidaten gelte. Dies alles zeige deutlich, so Habipoğlu, dass Griechenland die Angehörigen der türkischen Minderheit an der politischen Partizipation hindern will. Er forderte Griechenland auf, in den Rahmen der Demokratie zurückzukehren, das Wahlsystem zu ändern und der Minderheit wieder zu gestatten, sich politisch selbst zu vertreten.

Kongress Beschäftigte Sich Mit Der Türkischen Minderheit In Griechenland

Die Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa (ABTTF) hat mit einer 19-köpfigen Delegation aus Vorstandsmitgliedern, Experten und Mitarbeitern am 5. Internationalen Kongress der West-Thrakien-Türken teilgenommen, der vom 15. bis zum 17. September 2006 in Istanbul abgehalten wurde.

Der vom "Istanbuler Solidaritätsverband der West-Thrakien-Türken" (İstanbul Batı Trakya Türkleri Dayanışma Derneği) organisierte Kongress, auf dem auch der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdoğan sprach, stieß auf großes Interesse. West-Thrakien-Türken aus den unterschiedlichsten Ländern, darunter auch Griechenland, Deutschland, die USA und Österreich, untersuchten auf dem Kongress die Situation der West-Thrakien-Türken in Griechenland, die immer wieder ungerechter Behandlung und staatlichem Druck ausgesetzt sind, und stellten neue Strategien und Lösungswege für das Problem vor.

Ministerpräsident Erdoğan, der während der Eröffnungsreden des Vorsitzenden des Solidaritätsverbandes der West-Thrakien-Türken, Erol Kaşifoğlu, und des ABTTF-Vorsitzenden Halit Habipoğlu bereits anwesend war, erklärte in seiner darauffolgenden Ansprache, er habe sich schon mehrfach



5. Uluslararası Batı Trakya Türkleri Kurultayı
5th International Assembly of Western Thrace Turks
15-17 Eylül / September 2006, İstanbul

bemüht, mit der griechischen Regierung bezüglich der Belange der West-Thrakien-Türken in diplomatische Beziehungen zu treten, seine Initiativen seien jedoch stets negativ beantwortet worden. Erdoğan betonte, die Türkische Republik stehe jederzeit hinter der türkischen Minderheit in Griechenland. Sollten die Probleme anhalten, so Erdoğan weiter, werde man das gegenseitige Abkommen über die in den beiden Ländern lebenden Minderheiten erneut prüfen müssen.

Der ABTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu erklärte in seiner Rede, die West-Thrakien-Türken hätten im EU-Mitgliedsstaat Griechenland auf wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Ebene noch immer unter Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit zu leiden. "Der Status der West-Thrakien-Türken wurde genau wie der der Istanbuler Griechen

im Vertrag von Lausanne festgesetzt. Wenn es bei den Istanbul-Griechen aber irgendein Problem gibt, so wird dieses Problem mit Unterstützung Griechenlands auf lautstarke Weise an die Weltöffentlichkeit gebracht. Dabei können die West-Thrakien-Türken, deren Anzahl weit größer ist als die der Istanbul-Griechen, nicht einmal die Rechte nutzen, die ihnen laut den grundlegenden nationalen und internationalen Abkommen zustehen - von der Forderung nach weitergehenden Rechten ganz zu schweigen."

Der Stand der ABTTF, an dem Nachrichtenbulletins, wissenschaftliche Studien, Presseberichte und viele weitere Informationsmaterialien auf Türkisch, Deutsch, Englisch und Griechisch auslagen, erfreute sich eines regen Interesses bei den Kongressteilnehmern.

Daneben präsentierten Vorstandsmitglieder und Experten der ABTTF jeweils einen Beitrag in den sechs verschiedenen Ausschüssen, die zu den Themenbereichen "Lokalverwaltung - politische und zivile Organisation", "Recht und Menschenrechte", "Bildung und Kultur", "Religionsangelegenheiten und Stiftungen", "Internationale Beziehungen - Presse und Information" und "Wirtschaft" zusammenkamen.



Die Begeisterung Zur Bewältigung Unserer Aufgabe Ist Bei Allen West-Thrakiern Vorhanden

Eröffnungsrede des ABTTF-Vorsitzenden Halit Habipoğlu

Sehr geehrter Ministerpräsident,
Sehr geehrter Präsident,
Sehr geehrte Vorstandsmitglieder
Liebe West-Thrakier,
Werte Gäste,

Herzlich Willkommen beim "5. Internationalen Kongress der West-Thrakien-Türken", der von der Zentrale des "Solidaritätsvereins der West-Thrakien-Türken" organisiert wurde. Ich spreche hier zu Ihnen im Namen der "Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa", welche unsere Volksgruppe in Westeuropa vertritt. Bevor ich beginne, möchte ich allen, die nicht am Kongress teilnehmen können, die herzlichen Grüße der "Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa" übermitteln.

Liebe Gäste,
Die ABTTF, deren Vorsitzender ich bin, wurde 1988 gegründet, um der Stimme unserer Minderheit bei internationalen Institutionen und in den Staaten Westeuropas mehr Gewicht zu verleihen. Seither leisten wir als ehrenamtliche Botschafter unserer Minderheit in Westeuropa Lobbyarbeit zur Lösung unserer Probleme. Der bisher größte Erfolg unserer Arbeit ist die Anerkennung der ABTTF als "NGO mit besonderem Konsultativstatus gegenüber dem Wirtschafts- und Sozialrat" (ECOSOC) der Vereinten Nationen.

Werte Gäste,
Die West-Thrakien-Türken leben seit über 80 Jahren mit dem Status einer Minderheit in Griechenland. Wir sind trotz allen uns zugefügten Unrechts immer friedlich und gesetzestreu geblieben. Als offiziell anerkannter Minderheit sind uns in internationalen Verträgen mit Wirkung vom Jahr 1923 an bestimmte Rechte in den Bereichen Bildung, Religion, Grundbesitz und Staatsbürgerschaft zugestanden worden. Leider ließ man uns von diesen Rechten nicht Gebrauch machen und wir hatten als Minderheit mit großen Problemen zu kämpfen. Das schwerwiegendste dieser Probleme ist

das Verbot der türkischen Identität in der Öffentlichkeit. Unsere ältesten Vereine wurden von den griechischen Behörden verboten, weil sie die Bezeichnung "türkisch" im Namen trugen.

Seit Jahrzehnten werden die von der Minderheit gewählten Muftis nicht anerkannt. In ihre Ämter wurden Personen eingesetzt, die von den West-Thrakien-Türken nicht anerkannt werden. Zehntausenden unserer Volksgenossen, die wegen ihrer ethnischen Identität ausgebürgert worden sind, wurde bis heute ihre griechische Staatsangehörigkeit nicht wieder zurück verliehen.

Die Qualität des Unterrichts in der Muttersprache, der ein natürliches Recht jedes europäischen Bürgers ist, wurde in den vergangenen 40 Jahren durch neue Gesetze bewusst immer weiter gesenkt. Der griechische Staat arbeitet nach wie vor daran, den türkischsprachigen Unterricht mit der Zeit ganz abzuschaffen.

Unsere religiösen Stiftungen, deren Beiräte wir seit 40 Jahren nicht mehr selbst wählen dürfen, befinden sich mittlerweile in einem erbärmlichen Zustand.

Darüber hinaus wird unsere Minderheit in der Öffentlichkeit diskriminiert. Selbst in den Gebieten, in denen mehr als die Hälfte der Einwohner Türken sind, ist der Anteil von Angehörigen der Minderheit in öffentlichen Positionen fast auf Null gesunken.

Kurz gesagt: Unsere Minderheit ist in Griechenland, einem Mitglied der Europäischen Union, weiterhin von wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Diskriminierung und von Fremdenfeindlichkeit betroffen.

So wie den West-Thrakien-Türken wurde auch den Istanbuler Griechen im Lausanner Friedensabkommen der offizielle Minderheitenstatus garantiert. Wann immer aber die Griechen in Istanbul ein Problem hatten, wurde dies mit der Unterstützung Griechenlands energisch vor die Weltöffentlichkeit gebracht. So werden beispielsweise das Thema des griechisch-

orthodoxen Patriarchats im Istanbuler Stadtteil Fener und die Frage der Wiedereröffnung des Priesterseminars von Chalki auf einer der Istanbul vorgelagerten Prinzeninseln von Griechenland immer wieder im Rahmen der Diskussion um die "Situation der Minderheiten in der Türkei" zur Sprache gebracht.

Aus dem Blickwinkel der türkischen Minderheit im EU-Mitgliedsland Griechenland muss dazu festgestellt werden: Um ein vielfaches weniger als die Griechen von Istanbul können die Türken in West-Thrakien die grundlegenden Rechte in Anspruch nehmen, die ihnen in den nationalen und internationalen Texten garantiert werden. Und die Erlangung zusätzlich wünschenswerter Rechte steht völlig außer Frage.

Minderheiten stellen mit ihren unterschiedlichen Sprachen, Religionen und Kulturen für das Land, in dem sie leben, eine Bereicherung dar. Daher gibt es in der EU-Gesetzgebung wichtige Vereinbarungen über Demokratie und Minderheitenrechte. Außerdem gewährt fast jedes Land seinen eigenen Minderheiten besondere Rechte. Sogar in den neu beigetretenen Staaten Polen, Tschechische Republik, Slowakei und Ungarn ist dies der Fall. In Griechenland jedoch werden nicht nur wir, sondern alle Minderheiten unterdrückt. Und nicht nur wir sagen dies, sondern auch die Berichte unabhängiger Menschenrechtsorganisationen stellen es fest.

Wir wollen uns unsere Rechte erstreiten, und dazu bieten uns die Institutionen der Europäischen Union die besten Möglichkeiten. Wir dürfen keine Angst haben, unsere Rechte einzufordern. Rechte werden nicht gewährt, Rechte erwirbt man sich.

Und daher, verehrte Mitstreiter, Liebe West-Thrakier, sollten wir uns in unseren Bemühungen zur Erlangung unserer Rechte nach Europa wenden. Wir müssen die Einschränkung der demokratischen Rechte und die Menschenrechtsverletzungen im EU-Mitgliedsland Griechenland müssen vor den Augen der europäischen Öffentlichkeit ausgebreitet werden. Die ABTTF ist bereit, dazu ihren Teil beizutragen. Wir sind uns

unserer Verantwortung bewusst und sind von der Richtigkeit unserer Anliegen überzeugt. Die Einigkeit, Gemeinschaft und Brüderlichkeit, die wir hier erleben, zeigen uns, dass die Begeisterung zur Bewältigung dieser Aufgabe bei allen West-Thrakiern vorhanden ist. Darüber hinaus sollte sich niemand über eines im Zweifel sein: Unser geistigen Vaterland, die Türkei, wird uns als Garantiestaat in unseren Bemühungen immer zur Seite stehen.

Liebe West-Thrakier,
Ich möchte zum Schluss noch einmal auf die im Oktober bevorstehenden Kommunalwahlen in Griechenland zu Sprechen kommen. Bei den

früheren Wahlen ist die Mehrheit der Stimmen der Minderheit an Kandidaten gegangen, die nicht der Minderheit angehören. Die Wahlen sind für die Repräsentierung der Minderheit in den staatlichen Regierungs und Verwaltungsorganen von außerordentlicher Bedeutung. Wir können unser Gewicht nur dann in den politischen Prozessen in die Waagschale werfen, wenn wir in der Verwaltung vertreten sind. Es kommt nun entscheidend darauf an, dass die Zahl der Stimmen für die türkischen Kandidaten unsere Kraft und unsere Einigkeit verdeutlicht. Daher fordere ich alle West-Thrakier dazu auf, ihre Stimme ausschließlich den türkischen

Kandidaten zu geben, gleich für welche Partei sie antreten.

Zum Schluss gehen von dieser Stelle noch einmal meine herzlichen Grüße an Sie alle, zusammen mit dem Wunsch, dass uns der "5. Internationale Kongress der West-Thrakien-Türken" die Möglichkeit geben wird, hoffnungsvolle Entwicklungen für die Sache unserer Minderheit auf den Weg zu bringen. Und lassen Sie mich noch einmal unserem verehrten Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan dafür danken, dass er unseren Kongress an diesem für uns so wichtigen Tag mit seiner Teilnahme beehrt hat.

Klage Der Gewählten Muftis Beim Annual North South Europe Economic Forum



Die "Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa" (ABTTF), die als einzige NGO zum 7. ANSEEF eingeladen war, brachte vor 150 Delegierten aus 38 Ländern die Verletzungen der Religionsfreiheit in West-Thrakien zur Sprache

Das zum 7. Mal vom "Institute for European Affairs" (INEA) und vom norwegischen Außenministerium organisierte Forum fand am 28. und 29. September 2006 in Oslo statt und war angesichts der jüngsten Ereignisse war dem Thema "Koexistenz der Religionen - Werte und Toleranz" gewidmet. Wegen der vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte laufenden Verfahren gegen die gewählten Muftis von Komotini und Xanthi, İbrahim Şerif und Mehmet Emin Aga, war auch die ABTTF eingeladen.

Auf dem Forum, das unter der Schirmherrschaft des norwegischen Ministerpräsidenten Jens Stoltenberg stand,

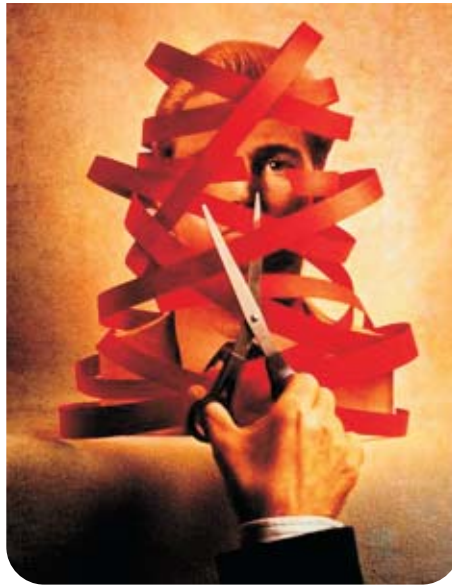
war eine Vielzahl von Ministern, ehemaligen Ministern, Institutionen, Regierungsvertretern, Fach-leuten und Medienvertretern anwesend , so u.a. der norwegische Außenminister Jonas Gahr Støre, das Ehrenmitglied des Rates für Außenwirtschafts-Kooperation (DEİK) und Mitbegründer des Forums Dr. Şarik Tara, der INEA-Vorsitzende und ehemalige deutsche Staatsminister Prof. Dr. Jürgen Gramke, der für Erziehung und Kultur zuständige EU-Kommissar Jan Figel und der frühere türkische Ministerpräsi-dent Mesut Yılmaz. In den begleitenden Fach-Panels kamen u. a. die Nord-Süd-Angleichung in Europa im Rahmen der aktuellen Ereignisse und Entwicklungen, die geforderte innereuropäische strategische Zusammenarbeit und Themen der Kommunikation mit Nicht-EU-Staaten zur Sprache. Der erste Tag des Forums wurde angesichts der dramatischen Ereignisse im Zusammenhang mit dem Thema "Religion" in Europa dem Thema "Interreligiöse Toleranz" gewidmet.

In seiner Eröffnungsrede kritisierte der INEA-Beauftragte für Deutschland Prof. Dr. Jürgen Gramke, dass die westeuropäischen Staaten das Engagement und die Mittel, die sie in den Kampf gegen den Terrorismus investierten, nicht für den interreligiösen Dialog bereitstellen könnten. Der türkische INSEEF-Delegierte und DEİK-Ehrenmitglied Dr. Şarik Tara erklärte, dass zu viele Kriege im Namen der Religion geführt worden seien. Die europäischen Staaten hätten für das, was sie nach der Zeit des Nationalismus und des Kalten Krieges erlebt hätten, einen Sündenbock gesucht und im Islam gefunden.

Der norwegische Außenminister Jonas Gahr Støre sagte, die Wahl des neutralen Norwegen als Veranstaltungsort für das Thema der interreligiösen Toleranz werde eine Lösung der Probleme erleichtern. In seinem Land seien islamfeindliche oder rassistische Vorkommnisse bisher nicht zu vermelden gewesen. Er halte die Bezeichnung "islamischer

Terrorismus“ für falsch. Der Islam werde von bestimmten Kreisen missbraucht. Ein interreligiöser Dialogprozess sei zwingend notwendig, damit auch weiterhin ein friedliches Zusammenleben möglich sei. Der Dialog müsse die Funktion einer Brücke zwischen den verschiedenen Gesellschaften übernehmen.

Im Laufe der zwei Konferenztage, in denen es um Toleranz zwischen den Religionen und um die wirtschaftlichen Probleme der Europäischen Union ging, informierten der ABTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu und die Übersetzerin Nesrin Hatzimehmet in begleitenden Gesprächen die 150 Delegierten aus 38 Ländern Informationen über die Einschränkungen der Religionsfreiheit, mit denen die west-thrakische Minderheit in Griechenland konfrontiert ist. Sie sprachen dabei u.a. darüber, dass Griechenland den Status der von den West-Thrakien-Türken gewählten Muftis immer noch nicht anerkennt, und dass der gewählte Mufti von Komotini İbrahim Şerif und der im vergangenen Monat verstorbene gewählte Mufti von Xanthi Mehmet Emin Aga mit ihren beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eingereichten



Klagen gegen Griechenland Recht bekommen haben. Das Urteil zeigt, dass sich nicht nur die türkische Minderheit in West-Thrakien, sondern auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg die Verletzung der Religionsfreiheit in West-Thrakien anprangern. Auf der Konferenz stießen die

vom ABTTF-Vorsitzenden Halit Habipoğlu präsentierten Verhandlungsprotokolle der Straßburger Prozesse der beiden gewählten Muftis auf großes Interesse. Außerdem wurden wissenschaftliche Studien und die monatlich in türkischer, griechischer, englischer und deutscher Sprache herausgegebenen Nachrichten-Bulletins der ABTTF an die Teilnehmer des Forums verteilt.

Der ABTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu bewertete die Informationsarbeit der ABTTF während der zweitägigen Konferenz folgendermaßen: „Die ABTTF war auf diesem 7. „Annual North South Europe Economic Forum“ als einzige geladene NGO vertreten. Wir haben hier die Gelegenheit gefunden, unsere Angelegenheit einem breiten interessierten Fachpublikum von Delegierten aus 38 Ländern vorzustellen. Dabei haben wir Menschen kennen gelernt, die bei zukünftigen Projekten gerne mit uns zusammenarbeiten und uns unterstützen wollen.“ Er unterstrich noch einmal die außerordentliche Bedeutung von Aktivitäten auf internationaler Ebene für die ABTTF und dadurch schließlich auch für die türkische Minderheit in West-Thrakien.

Akılhoğlu: Die Akkreditierung Beim ECOSOC Als NGO Mit Konsultativstatus Ist Ein Großer Erfolg

Brief vom Prof. Dr. Tekin Akılhoğlu

Die „Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa“ (ABTTF) ist im Juli 2006 beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen als NGO mit Konsultativstatus akkreditiert worden. Ich halte diese Nachricht für einen großen Erfolg, denn obwohl diese NGO-Liste des ECOSOC etwa 3000 Nicht-Regierungs-Organisationen umfasst, lässt sich die Zahl der akkreditierten türkischen NGOs an den Fingern einer Hand abzählen!

Der Erfolg der ABTTF kann mit ihrer erfolgreichen Arbeit und ihrer stetigen Pressearbeit erklärt werden. Sie hat es verstanden, bei internationalen Institutionen ihre Stimme zu erheben und ihre Positionen zu den Problemen der West-Thrakien-Türken auch schriftlich zu verbreiten. Die ABTTF hat mit der Darstellung der Probleme in einfacher und sachlicher Sprache in ihren Pressemitteilungen und kleinen Informationsschriften bewiesen, dass sie eine



seriöse Organisation ist. Die Vereinten Nationen sind ohne Zweifel die weltweit größte internationale Organisation. Von ihr als NGO akzeptiert zu werden ist außerordentlich wichtig. Es ist jedoch nicht genug: Auch vor kleineren, regionalen Organisationen und Gremien muss man seine Stimme erheben. Die Akkreditierung beim ECOSOC wird der ABTTF helfen, auch vom Europarat und der EU als NGO akzeptiert zu werden. Der Status als internationale NGO verschafft der ABTTF zwei wichtige Funktionen. Zum Einen gewinnt diese Organisation, der die griechischen

Behörden bisher keine Aufmerksamkeit schenken mussten, an Bedeutung als eine Organisation, deren Aussagen zur Kenntnis genommen werden müssen. Es ist ratsam, sie nicht mehr zu ignorieren. Außerdem werden auch die EU und der Europarat der ihr von nun an mehr Aufmerksamkeit schenken. Im Hinblick auf die EU kann die ABTTF großen Einfluss bei den Themen Minderheiten und „Local Government“ gewinnen.

Im Hinblick auf den Europarat, zum Beispiel bei der „Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz“ (ECRI), beim „Kongress der Gemeinden und Regionen“ und beim „Europäischen Komitee für soziale Rechte“ (dem Kontrollorgan für die Umsetzung der Europäischen Sozialcharta) werden Informationen, Einschätzungen und Beschwerden, welche die ABTTF vorträgt, als wichtige Beiträge berücksichtigt werden. Kurz, es hat sich für die ABTTF ein entscheidendes Tor geöffnet und den Blick auf neue Handlungsperspektiven freigegeben. Ich beglückwünsche Halit Habipoğlu und seine Freunde.

ABTTF Brachte Vor Der OSZE Die Probleme Der Türkischen Minderheit Zur Sprache



Auf der vom 2. bis 13. Oktober 2006 in Warschau stattfindenden Konferenz der "Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" (OSZE) brachte die "Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa" (ABTTF) am ersten Tag der Arbeitssitzungen die Probleme der türkischen Minderheit in den Bereichen "Staatsangehörigkeit und politische Partizipation" zur Sprache, am zweiten Tag die Probleme im Zusammenhang mit "Organisationsfreiheit und Menschenrechten".

Als Vertreter der West-Thrakien-Türken bei der OSZE-Konferenz, zu der sowohl Staatsvertreter als auch Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) und Wissenschaftler kamen, nahmen Özkan Reşit von der ABTTF sowie Pervin Hayrullah und Ali Hüseyin vom "Akademikerverband der türkischen Minderheit West-Thrakiens" aus Komotini teil. Reşit stellte fest, dass die griechische Delegation seit Jahren dieselben glatten Antworten auf die von der türkischen und der mazedonischen Minderheit in Griechenland geäußerten Probleme bereit hält, und dass dieses Verhalten lediglich demonstriert, dass seit Jahrzehnten keine wesentliche Entwicklung im politischen Umgang mit den Problemen der im Lande lebenden Minderheiten festzustellen ist.

Der ABTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu erklärte dazu: "Griechenland sieht seine Minderheiten immer nur als Gefahren an. Es will daher das ihnen zugefügte Unrecht nicht anerkennen und entwickelt seine Minderheitenpolitik nicht im Sinne eines

einträchtigen und friedlichen Zusammenlebens weiter. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass Minderheiten für die Länder, in denen sie leben, in jeder Hinsicht eine Bereicherung sind."

Özkan Reşit erinnerte daran, dass die türkische Minderheit durch die griechischen Gesetze, welche die Teilnahme am politischen Leben regeln, vor unüberwindliche Schwierigkeiten gestellt werde und daran gehindert werde, sich ihrem Bevölkerungsanteil gemäß politisch vertreten zu lassen: "Die reale Möglichkeit, dass wir eigene unabhängige Kandidaten ins Parlament entsenden, wird von vornherein durch die von Griechenland eingeführte Dreiprozenthürde für unabhängige Abgeordnete verhindert. Abgesehen vom Parlament wurden durch eine Neuordnung der Wahlkreise, in denen die Mehrheit der Bevölkerung Türken sind, die Wählerstimmen der Türken umverteilt und aufgespalten, wodurch die Wahl eines türkischen Präfekten für diese Gebiete unmöglich gemacht wird."

In diesem Zusammenhang erinnerte Reşit auch an die jüngste Krise in der griechischen Politik, die durch die Nominierung der zur türkischen Minderheit gehörenden Rechtsanwältin Gülbeyaz Karahasan als Kandidatin der sozialistischen PASOK für das Amt des Superpräfekten für die Provinzen Xanthi, Kavala und Drama entstand. Anlass für die Krise im Wahlkampf war die türkische Identität der Kandidatin.

Özkan Reşit kam auch auf die Angehörigen der Minderheit zu sprechen, die auf Grund des Artikels 19 des griechischen Staatsangehörigkeitsgesetzes ihre Staatsbürgerschaft verloren hatten: "Die griechische Delegation behauptet immer, der betreffende Artikel 19 wende sich nicht gegen die Minderheit, sondern sei geschaffen worden, um zu verhindern, dass Personen dem Staat Schaden zufügten. Es ist jedoch nicht von der Hand zu weisen, dass sich das Gesetz gegen die Minderheiten richtet. International ist das Thema mittlerweile auf vielen Plattformen zur Sprache gekommen und es besteht eben nicht nur innerhalb unserer Minderheit Einigkeit über das Thema, sondern auch in EU-Kreisen. Dass Griechenland beharrlich diese Aussagen



wiederholt, zeigt lediglich, dass in der Politik gegenüber den Minderheiten im Land kein Fortschritt zu verzeichnen ist," sagte Reşit. Für Griechenland sei die Verwendung des Wortes "türkisch" immer noch ein Problem, so Özkan Reşit. Auch die Antwort der griechischen Delegation auf diesen Vorwurf ging in diese Richtung: "In Griechenland gibt es keine türkische Minderheit, sondern eine muslimische Minderheit. Auch die Türken sind ein Teil dieser muslimischen Minderheit." Dies bedeute, so Reşit, dass Griechenland die nationale Identität der im Lande lebenden Minderheit immer noch nicht anerkennt. "Es stellt ein Menschenrechtsproblem dar, wenn die nationale Identität eines Menschen nicht anerkannt wird. Noch vor dem Glauben steht die nationale Identität, denn der Glaube ist eine individuelle Angelegenheit. Im Übrigen können die Minderheiten in Griechenland auch ihre religiöse Überzeugung nicht frei ausleben."

Die 1927 gegründete "Türkische Union von Xanthi" (İskeçe Türk Birliği), der 1928 gegründete "Türkische Jugendbund von Komotini" (Gümülcine Türk Gençler Birliği) und die 1936 gegründete "Union Türkischer Lehrer von West-Thrakien" sind seit 1984 auf amtliche Anordnung hin geschlossen, weil sie in ihrem Namen die Bezeichnung "türkisch" führen. Mit derselben Begründung wurde die amtliche Registrierung des "Kulturvereins Türkischer Frauen von Rhodopi" (Rodop Türk Kadınları Kültür Derneği) verweigert. Dieser und die "Türkische Union von Xanthi" klagen derzeit vor dem Europäischen Gerichtshof für die Menschenrechte.

Europarats-Parlamentarier Hunault Wird West-Thrakien Besuchen



Nachdem der ABTTF-Vorsitzende Halit Habipoğlu gemeinsam mit Mustafa Geveli von der Arbeitsgruppe 'Internationale Politik' der ABTTF den Europarat besucht hatte, gab er folgende Erklärung ab: "Beziehungen zum Europarat sind für die Vertretung unserer Interessen auf internationaler Ebene von außerordentlicher Bedeutung. In diesem Sinne können wir unseren letzten Besuch bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarats als sehr positiv werten."

Die ABTTF wird einen offiziellen Besuch in West-Thrakien organisieren, der im Januar 2007 stattfinden wird und an dem auch Michel Hunault, Mitglied des Französischen Parlaments und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, teilnehmen wird. Dieser Besuch wird eine wichtige Rolle

für den Bericht über die türkische Minderheit in Griechenland spielen, den Hunault im kommenden Jahr der Parlamentarischen Versammlung vorlegen wird."

Während ihres offiziellen Besuchs beim Europarat Anfang Oktober führte die ABTTF Gespräche mit einigen Europa-Parlamentariern, darunter Michel Hunault sowie der Leiter des Büros des Menschenrechtskommissars des Europarats Manuel Lezertua, der Sekretär des Rechts- und Menschenrechtsausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Günter Schirmer und der Leiter der Türkischen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung Murat Mercan. In einigen Gesprächen wurden die beim vorigen Besuch besprochenen Themen

weiter verfolgt, bei neuen Kontakten informierte die ABTTF über die türkische Minderheit in Griechenland und die Probleme, mit denen sie konfrontiert ist.

Nach dem Gespräch mit Michel Hunault, bei dem dieser das Kooperationsangebot der ABTTF im Hinblick auf den zu erstellenden Europarats-Bericht über Minderheiten in Griechenland und in der Türkei annahm, wurde vereinbart, dass die ABTTF für Januar 2007 eine Reise nach Griechenland zum Besuch der türkischen Minderheit organisieren wird. So werden Vertreter der türkischen Minderheit vor Ort dem Parlamentarier in direkten Gesprächen ihre Probleme schildern können, und Michel Hunault wird die Gelegenheit bekommen, die Region, in der die türkische Minderheit lebt, persönlich kennen zu lernen.

Die Muslimischen Türken In Griechenland Sind Nicht Gleichberechtigte Bürger

Die Probleme in der Region West-Thrakien, in der die türkische Minderheit Griechenlands die Mehrheit stellt, sind von der türkischen Regierung oft zur Sprache gebracht worden. Dieses Mal allerdings werden Probleme wie "türkische Identität" und "Verlust der Staatsangehörigkeit" nicht von Türken zur Sprache gebracht, sondern vom angesehensten Verfassungsrechtler des

Landes, von Nikos Alivizatos. In einem Artikel in der angesehenen griechischen Tageszeitung "Ta Nea" schreibt er, dass Griechenland bestimmte Regeln, denen es als EU-Mitglied verpflichtet sei, gegenüber der türkischen Minderheit nicht befolge. Er schreibt, dass die Minderheit in West-Thrakien trotz einiger Reformen im griechischen Staatsangehörigkeitsgesetz persönlich,

gesellschaftlich und politisch vor der Verfassung immer noch nicht gleichgestellt sei.

Prof. Alivizatos stellt fest, dass trotz Ermahnungen von Seiten der EU Gesetze aus der Zeit der Militärdiktatur zwischen 1967 und 1974 bis heute in Anwendung sind. Als Beispiel führte er an, dass Angehörigen der türkischen

Minderheit, als sie für drei Monate das Land verließen, ihre Staatsbürgerschaft aberkannt wurde, obwohl sie sie dort Steuern zahlten. Die Rechtsprechung des obersten griechischen Gerichtshofs, nach der die Verwendung des Wortes "türkisch" in Vereinsnamen durch die Minderheit als ungesetzlich angesehen werde,

widerspricht seiner Meinung nach der EU-Gesetzgebung. Auch sei es undemokratisch, sich aus dem Grund gegen die Kandidatur der Rechtsanwältin Gülbeyaz Karahasan für das Amt des Superpräfekten zu stellen, weil sie der Minderheit in Westthrakien angehöre. Schließlich wird auch kritisiert, dass die

griechisch-orthodoxe Kirche christlichen Familien mit griechischer Staatsangehörigkeit ab dem dritten Kind ein Zusatzgehalt zahle, dass aber Muslimen griechischer Staatsangehörigkeit solche Zahlungen nicht gewährt würden. Stelyo Berberakis, Sabah - Athen

ABTTF Richtet Arbeitsgruppe UN-ECOSOC Ein

Halit Habipoğlu: Unsere Tür steht jedem offen, der sich bei uns engagieren will. Wir warten auf Bewerbungen.

Nach Angaben des Vorsitzenden der "Föderation der West-Thrakien-Türken in Europa" (ABTTF) Halit Habipoğlu wird die ABTTF nach ihrer Akkreditierung beim Wirtschafts und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen ihre Lobbyarbeit intensivieren und Aktivitäten im wissenschaftlichen Bereich ausweiten: "Die Föderation hat beschlossen, zur Koordinierung internationaler Aktivitäten und wissenschaftlicher Tätigkeit neben der bestehenden "Arbeitsgruppe für politische Arbeit und Lobbyarbeit" die "Arbeitsgruppe UN-ECOSOC" einzurichten. "Unsere Tür steht jedem offen, der sich bei uns engagieren will." Die ABTTF, die im vergangenen Juli vom

Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen als NGO mit speziellem Konsultativstatus akkreditiert wurde, wird durch diesen privilegierten Status und mit Hilfe und Unterstützung der Vereinten Nationen in die Lage versetzt, auf internationaler Ebene wirksamer arbeiten zu können. Die ABTTF wird im Rahmen der ECOSOC-Akkreditierung in den Bereichen Minderheitenrechte, Migration, internationales Recht, Religion, Menschenrechte, Local Government, Bildung, Kultur Wirtschaft, Entwicklung, Familie, Frauen, Kinder und Jugend aktiv sein und ruft hiermit alle, der sich für diese Themen interessieren, zur Mitarbeit auf.

Habipoğlu verwies darauf, dass die ABTTF, seit sie im Jahr 1998 begann, sich im Bereich der vom griechischen Staat in Frage gestellten Minderheitenrechte der in West-Thrakien

lebenden Türken zu engagieren, bedeutende Erfolge errungen hat: "In der Europäischen Union, in der die Menschenrechte als unverzichtbarer Teil der Zivilisation gelten, gewinnen die Minderheitenrechte jeden Tag mehr an Bedeutung. Minderheiten spielen nicht nur im Hinblick auf die Menschenrechte eine wichtige Rolle, sondern tragen in den Ländern, in denen sie leben, auch zur Bereicherung des kulturellen Mosaiks bei. Das Beispiel West-Thrakiens aber zeigt, dass Griechenland bisher leider nicht zu diesem Bewusstsein gelangt ist. Mit unserer neuen Arbeitsgruppe wollen wir Projekte in vielen Bereichen verwirklichen, besonders aber im Hinblick auf Minderheitenrechte, Migration und internationales Recht. Dazu brauchen wir junge, dynamische und kreative Menschen, die mit uns zusammenarbeiten wollen," erklärte Habipoğlu.

Möchten Sie mit uns arbeiten?

Wenn Sie Interesse haben, schicken Sie Ihre Bewerbung bitte an die **Adresse ABTTF, Johannisstraße 50, 58452 Witten, Deutschland,** oder wenden sich für weitere Informationen an unsere **Internetseite www.abttf.org** oder an die **Telefonnummer 0049-230-29 13 291.**



Avrupa Batı Trakya Türk Federasyonu
Föderation der West-Thrakien Türken in Europa
Federation of Western Thrace Turks in Europe

Bankverbindung: Stadtparkasse Witten, Konto Nr: 37598, BLZ 452 500 35
Kuruluş / Gegr. 28.02.1988, VR 1954, Giessen

Editör: Çağla Sorgun

NGO in Special Consultative Status with the Economic and Social Council of the United Nations

Johannisstraße 50, 58452 Witten, Germany T: +49.2302.913291 F: +49.2302.913293 E: info@abttf.org W: www.abttf.org